

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostfen.



Wilsdruff-Dresden

Nr. 185. — 84. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Dienstag, den 11. August 1925

## Die Steuerreform.

Von besonderer volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben:

Am hat der Reichstag das zweite große Werk bewilligt, das auch wieder, wie die Aufwertungsgeetze, erst durch die Überwindung der Inflation möglich geworden ist: die Steuerreform. Jahre hindurch waren die zahllosen Steuergeetze Kinder des Augenblicks, Kinder der Not der Inflation gewesen, aber auch Kinder der immer unbestimmten deutschen Reparationsverpflichtungen. Nicht nur das Einkommen, sondern auch das Vermögen in Anspruch nehmend, hatte 1919 der damalige Reichsfinanzminister Erzberger die Epoche des schmerzlichen Anziehens der Steuerkrone eingeleitet. Und doch hatte die Inflation mit ihrem Käsen alle diese Geetze überholt und sie völlig unwirksam gemacht, abgesehen vielleicht von der Lohnsteuer. Jetzt hat man eine Reform geschaffen, jetzt ist man wieder zu dem Grundsatz der früheren preussischen Steuerpolitik zurückgekehrt, daß nämlich die Steuern lediglich vom Ertrag des deutschen Volkvermögens genommen werden dürfen, dieses Volkvermögen selbst aber unangefastet bleiben müsse. Unangefastet bleibt es jetzt auch durch die Vermögenssteuer selbst. Zielpunkt für die Steuerreform war, auf dieser Grundlage aufgebaut, nun die höchste Ertragswirksamkeit. Der Widerspruch nicht, daß auf der einen Seite der steuerfreie Einkommensanteil heraufgesetzt, die bis über 60 % herausgeschraubte höchste Einkommensteuer beträchtlich herabgesetzt wird bis auf 40 %. Man ist damit doch noch hinausgegangen über den Grundsatz, den der bekannte frühere Steuerpolitiker Prof. Adolf Wagner als Norm aufstellte: „Die Grundsteuer darf aus steuerrechtlichen Gründen nicht über 33 % des Einkommens hinausgehen.“ Welcher der jetzigen Steuerreform hat denn auch die Rücksicht auf volkswirtschaftliche Notwendigkeit eine außerordentlich starke Rolle gespielt, und zwar die ganz bewußte Absicht, die Kapitalwertbildung in Deutschland durch ein übermäßiges Anziehen der Steuerkrone nicht zu verhindern. Der Hinweis auf staatliche Notwendigkeit ist genug auch auf die Reparationsverpflichtungen, hatte früher dazu geführt, daß diese volkswirtschaftliche Rücksichtnahme außer acht gelassen wurde. Das ist jetzt wieder anders geworden.

Der Kampf um den Finanzausgleich ist nicht ausgetragen worden, sondern wurde nur durch einen Waffenstillstand beigelegt. Hier bleibt also eine Wunde in dem Werk, die erst später noch ausgefüllt werden muß, dann nämlich, wenn auch der Kampf um die Umsatzsteuer zu Ende ist. Daß diese roheste aller Steuern schließlich einmal fallen muß, darüber sind sich alle Parteien einig; man weiß nur nicht, womit man das dann einnehmende gewaltige Finanzloch durch andere Staatseinnahmen wieder ausfüllen soll. Ob das nötig sein wird, kann man ja erst wissen, wenn man die Wirkung der ganzen Steuerreform überblicken, wenn man erst einmal feststellen kann, welche Erträge sie in den Staatskassen bringen wird. Wirkliche Steuererhöhungen, die auch die große Masse zu büßen bekommen wird, bringen ja in der Hauptsache die Verbrauchssteuern.

Natürlich ist früheren Erfahrungen entsprechend ohne weiteres damit zu rechnen, daß die Preise der in Frage kommenden Erzeugnisse zunächst höher steigen, als es die Steuerbelastung rechtfertigen kann. Aber auch hier wird der Konsument durch Zurückhaltung eine Gegenbewegung einleiten, bis sich allmählich der wirtschaftliche Normalzustand wieder eingestellt hat. In dieser verteuerten Zustand einzelner Steuern wird sich ja dann die in der gleichen Richtung laufende Wirkung der bevorstehendenollerhöhungen hinzugesellen.

Wenn nun aber die Steuerreform dadurch ergänzt wird, daß man nicht nur zum altpreussischen Steuerprinzip zurückkehrt, sondern auch die altpreussische Sparjamkeit wieder walten läßt, die Staatsaufgaben und die Staatsausgaben auf das allernotwendigste beschränkt, dann wäre das möglicherweise der zweite Schritt in eine ruhigere und gesicherte Zukunft unseres öffentlichen Lebens hinein.

## Die Steuern vom Reichsrat genehmigt.

Der Reichsrat nahm sämtliche Steuergeetze in der vom Reichstage beschlossenen Fassung unverändert an. Auch gegen das Finanzausgleichsgezet wurde kein Einspruch erhoben. Gegen das Finanzausgleichsgezet stimmten lediglich Bayern und Hessen.

## Um die Räumung Kölns.

Seit einigen Tagen finden in Berlin zwischen der interalliierten Militärkontrollkommission und einer deutschen Militärkommission Verhandlungen über die Entlassung von Köln statt. Deutschland weist verschiedene von der Vorkonferenz gestellte Forderungen als nicht annehmbar zurück. Die Verhandlungen nehmen, wie es heißt, einen befriedigenden Verlauf, so daß mit der Räumung Kölns in absehbarer Zeit zu rechnen ist.

# Beginn der Zollschlacht.

## Die Zollvorlage im Reichstage.

(115. Sitzung.)

OB. Berlin, 8. August.

Als in der gestrigen Sitzung die gesamten Steuervorlagen und das Finanzausgleichsgezet in dritter Lesung mit den bekannten letzten Kompromißbestimmungen, namentlich die Umsatzsteuer mit 1 1/2 % und die Hauszinssteuer angenommen wurden, gelangte noch ein Antrag der Regierungsparteien zur Annahme, wonach aus dem für den Wohnungsbau zu verwendenden Teil der Steuer die Länder Darlehen an unbemittelte linderreiche Familien und an Schwertriebsbeschäftigte, insbesondere auch an Kriegsblinde bis zur vollen Höhe der Darlehen gewähren können. Dann vertagte man sich, um heute die zweite Beratung der Zollvorlage zu beginnen. Von den Regierungsparteien war dazu in Geschäftsordnungsantrag eingegangen, der die Redezeit zur Zollvorlage insgesamt für jede Fraktion auf vier Stunden beschränkt. Bei der allgemeinen Aussprache soll die Redezeit eine Stunde, bei der Besprechung der Agrar- und Industriegeetze einschl. der Tarifgeetze zwei Stunden und für alle weiteren Teile der Vorlage zusammen eine Stunde betragen. Die Verlesung dieses Antrages erregte bei Sozialdemokraten und Kommunisten

### fürmische Unruhe.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärte, es sei bezeichnend, daß niemand den Mut fand, diesen Antrag zu begründen. Er sei nämlich nicht zu begründen und stehe in der Geschichte des deutschen Reichstages einzig da. Das sei eine parlamentarische Korruption im großen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Stöcker (Komm.) wies darauf hin, daß im Altentwurf kein Mitglied der Regierungsparteien diesen Antrag vorgebracht habe, sondern daß man den Reichstag damit übertrumpfte.

Abg. Dr. Scholz (D. Rp.) erklärte unter förmlichem Widerspruch der Linken, daß der Antrag durchaus keine Verletzung der Geschäftsordnung bedeute; es entspreche nicht der Würde des Parlamentes, das im Ausschuß Beratene im Plenum wiederzukäufen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Koch-Weser (Dem.) führte aus, daß die Demokraten bei der Steuerberatung ebenso wie die Sozialdemokraten zwar ständige Opposition geübt, aber keine Obstruktion getrieben hätten. Um so empfindlicher müsse es berühren, wenn durch den vorliegenden Antrag eine sachliche Beratung überhaupt unmöglich gemacht werde.

Abg. Koenen (Komm.) behauptete, daß der Antrag dem Geiste der Geschäftsordnung widerspreche. Nach weiterer fürmischer Geschäftsordnungsdebatte beantragte der kommunistische Abg. Stöcker Vertagung auf eine Stunde, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Unter lauten Entrüstungsrufen der Linken wurde dieser Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt. Die darauf folgende allgemeine Aussprache über die Zollvorlage wurde eingeleitet durch eine

## Rede des Reichskanzlers.

Als Reichskanzler Dr. Luther beginnen wollte, wurde ihm minutenlang von verschiedenen Kommunisten jügerissen: „Jetzt kommt der Oberräuber!“ Präsident Loh erteilte an mehrere Zwischenrufer Ordnungsrufe und drohte bei Wiederholung scharfe Maßnahmen an.

Der Reichskanzler führte dann, wiederholt durch laute Zurufe der Kommunisten unterbrochen, aus, die schlechte Schaffung eines Zolltarifs als Instruktion für die Handelsvertragsverhandlungen sei eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Deutschlands Wirtschaft brauche, um die Duldungsverpflichtungen abtragen zu können, bringen normale Handelsverträge. (Lauter links: Die Linsen sind ja schon den Arbeitern ausgehändigt!) Deutschland habe nicht den Wunsch, die europäische Wirtschaft auf der Grundlage hoher Zollmauern aufzubauen.

Deutschland wünsche eine weitgehende Ermäßigung oder Beseitigung der Zollschranken.

Das sei aber nicht möglich, so lange die Länder um Deutschland immer höhere Zollmauern aufrichteten. Würde Deutschland sich dem nicht anpassen, so würde es geldlos deutsche Arbeit und Produktionskraft ins Ausland bringen. Man müsse die Passivität der deutschen Handelsbilanz beseitigen.

## Erneute Unterbrechungen.

Als der Reichskanzler dann ausführte, die Regierung nähme bei einer Gesetzgebung Rücksicht auf die Lebensmöglichkeit der arbeitenden Massen, kamen von den Kommunisten laute Rufe: „Er verdöhnt die Hungernden noch!“ Andere laute Zurufe wurden vom Präsidenten Loh durch Ordnungsrufe an die kommunistischen Zwischenrufer gerügt. Den allgemeinen Lärm unterbrach der Kanzler mit der an die Kommunisten gerichteten Wendung: „Das deutsche Volk ist wirklich bellagener!“ Die Kommunisten ergänzten diese Worte lärmend und erregt mit dem Ruf: — daß so einer Reichskanzler ist! Viele Kommunisten kletterten die Treppe zum Rednerpult heran und riefen dem Reichskanzler laut im gleichmäßigem Rhythmus zu: „Abtreten! Abtreten! Weg mit ihm!“

Präsident Loh, der fortwährend die Glocke schwang, lenkte sich erst nach einigen Minuten verständlich machen. Er drohte den Kommunisten Ausweisung aus dem Saale an, wenn sie nicht sofort die Plätze wieder einnahmen. Darauf trat einigermaßen Ruhe ein und der Reichskanzler fuhr fort.

Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die die allgemeine Beräumung der breiten Masse der Käufer für die Wirtschaft gebracht habe. Er betonte die Notwendigkeit, die Kaufkraft zu härten und die Preise zu senken. Um die Erreichung dieses

Zieles zu erreichen, habe sich die Reichsregierung jetzt entschlossen, die

## Herabsetzung der Umsatzsteuer von 1 1/2 auf 1 Prozent am 1. Oktober

zu bewilligen. (Abg. Dr. Herk (Soz.) Und gestern haben Sie unsern dahingehenden Antrag abgelehnt!“)

Wie der Reichskanzler weiter meinte, hätte man bei den früheren Senkungen der Umsatzsteuer leider eine entsprechende Preissenkung nicht beobachten können. Jetzt müsse sie erwartet werden, denn durch die gestern verabschiedeten neuen Steuergeetze seien die Voraussetzungen dafür geschaffen. Man kann jetzt nicht mehr sagen, daß die Einkommensteuer aus der Substanz bezahlt würde. Darum lege man auch so großen Wert darauf, daß die Zollvorlage im Anschluß an die Steuervorlage verabschiedet wird.

Die Reichsregierung wird allen in Betracht kommenden Verbänden der Wirtschaft gegenüber eine einheitliche Preisfestsetzung für den 1. Oktober, den Tag des Inkrafttretens der Umsatzsteuer, nachdrücklich betreiben, und wird da, wo sie selbst eine gezielte Handhabung der Preisfestsetzung hat, insofern davon Gebrauch machen.

Der Reichskanzler ging auf den Zolltarif ein und betonte, daß die meisten Positionen autonom sind, also bei den Handelsvertragsverhandlungen verändert würden. Es habe darum gar keinen Sinn, an der Höhe dieser Positionen Kritik zu üben. Im übrigen handle es sich auch nur um eine vorläufige Regelung bis zum 31. Juli 1927. Der Reichskanzler schloß unter tosendem Lärm der Kommunisten mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die schnelle Verabschiedung des Zolltarifs zur Geltendmachung der deutschen Wirtschaft und zur Herbeiführung normaler Handelsbeziehungen mit der Welt beitragen möge. Die Kommunisten begleiteten den Schluß mit langanhaltenden Pfuirufen, die Sozialdemokraten zischten.

Abg. Weiss (Soz.) erklärte, die Rede des Reichskanzlers habe einen so großen Frankenskomplex berührt, daß es unmöglich sei, jetzt sofort im Rahmen der beschränkten Redezeit darauf einzugehen. Er beantrage deshalb, daß in ähnlicher Weise, wie es früher bei Regierungsvorlesungen geschah, die Verhandlung auf zwei Stunden unterbrochen werde, um den Fraktionen die Stellungnahme zur Kanzlerrede zu ermöglichen. Der Antrag wurde unter lauten Pfuirufen der Linken gegen Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

## Die allgemeine Aussprache.

Als erster Redner in der allgemeinen Aussprache führte Abg. Gifferting (Soz.) aus, das deutsche Volk sei jetzt das Opfer einer rücksichtslosen Reichstagsmehrheit, die nicht mit Gründen, sondern nur mit der Macht der Stimmenmehrheit arbeite. Die liberal bestehende Wirtschaftskrise könne für Deutschland überhaupt nur überstanden werden, wenn Deutschland es verstände, gegenüber den anderen seine Veredelungsproduktion zu verteidigen. Dazu sei eine auswärtige Politik notwendig, die auch die wirtschaftliche Politik in den Kreis der Berechnungen stelle, d. h. die eine Befriedigung Europas durch und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Deutschland darf sich nicht selbst durch eine Schutzpolitik an die Grenze für die Wirtschaft noch mehr verengern. Die Befestigung der Konventionen durch den vorliegenden Zolltarif würde der Redner auf 1 1/2 Milliarden Mark. Den Arbeiterführern des Zentrums müsse es klar sein, daß die durch die jetzige Steuer- und Zollpolitik gestifteten Realgüter nur gehoben werden könnten durch schwere, opferreiche Arbeitskampfe. Die Zollpolitik der jetzigen Regierung sei verhängnisvoll für den deutschen und für den europäischen Weltmarkt. Sie müsse auch eine verhängnisvolle Auswirkung auf die Außenpolitik ausüben.

## Erklärung der Regierungsparteien.

Abg. Dr. Perltius (Zentrum) gab im Namen der Regierungsparteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Erklärung ab. Darin wird gesagt, die jetzige Vorlage sei das Ergebnis gründlicher vertrauensvoller Zusammenarbeiten zwischen der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien. Die Rücksicht für diese Arbeit sei das Bestreben, einen gerechten Ausgleich zwischen den notwendigen Bedürfnissen der Erzeuger und den Lebensinteressen der Verbraucher zu finden. Vor allem müßte die

Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion gefördert werden. Da hätte sich die Gefahr einer gewissen Preissteigerung bestimmter Verbrauchsartikel nicht ganz vermeiden lassen. Die Regierungsparteien hätten aber geglaubt, daß durch die von ihnen erreichte Herabsetzung der Umsatzsteuer diese Steigerung wieder ausgeglichen werde. Wenn sich aber später Schwierigkeiten für den Verbraucher ergeben sollten, so wollten die Regierungsparteien dem dadurch beugen, daß die Regierung im Einvernehmen mit Reichsrat und Reichstagsauschuß zu Änderungen berechtigt sei. Natürlich der Eile, mit der im Interesse baldiger Handelsvertragsabschlüsse der Zolltarif verabschiedet werden müsse, werde ich vielleicht in ganzen Punkten eine Verbesserungsbereitschaft zeigen. Er sei deshalb nur auf zwei Jahre festgelegt worden.

Abg. Körnte (Komm.) bezeichnet die Zollvorlage als den schmerzlichen Randzug, der je gegen die arbeitenden Massen geführt worden sei. Die Begründung der Vorlage sei widersprüchlich. Die heutige Erklärung des Reichskanzlers sei dürftig und nichtsfahnd gewesen. Auch die meisten bürgerlichen Nationalökonomten hätten ein verächtliches Urteil über die Vorlage gefällt.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) betonte, man dürfe die Zollvorlage nicht einseitig vom Konsumentenstandpunkt aus betrachten, sondern müsse an die Spitze die Frage stellen, wie könne man die deutsche Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft eingliedern. Die demokratische Partei sei keineswegs eine grundsätzliche Gegnerin des Zollschutzes. Sie habe sich auch eifrig im Aus-